KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. März 2023
Kantonsratspräsident Born Rolf

P 886 Postulat Roth David und Mit. über eine ukrainische Partnerprovinz für Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
David Roth hält an seinem Postulat fest.

David Roth: Das Postulat stellt zwei Forderungen: erstens, dass sich Luzern von der Partnerprovinz in einem autoritären Staat lossagt, der zwei Millionen Menschen in völkerrechtswidrigen Umerziehungslagern gefangen hält und eine ganze Volksgruppe unterdrückt; zweitens, dass sich Luzern solidarisch zeigt mit Menschen, welche derzeit die Gräuel eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges erleben. Es sind informelle Banden, die man mit solchen Partnerschaften aussucht, eine freundschaftliche Verbundenheit, welche Kantone mit Provinzen oder anderen Staatseinheiten eingehen. Es sind Kantone, Provinzen und Städte und Gemeinden, die dieses Instrument kennen. Bereits kurz nach Beginn des Angriffskrieges in der Ukraine haben ukrainische Exponenten sowie Politikerinnen und Politiker dazu aufgerufen, dass man mit ihnen Partnerschaften eingehen und dieses Zeichen der Freundschaft senden soll. Dieser Vorstoss bietet zudem auch die Gelegenheit, die immer unrühmlichere Partnerschaft mit einer von der kommunistischen Partei Chinas mit immer grösserem Autoritarismus geführten Partnerprovinz aufzulösen. Sie entscheiden sich heute, ob sie mit der Demokratie befreundet sein wollen, mit den Werten Offenheit, Toleranz und Freiheit. Oder wollen Sie eine Freundschaft mit Diktatur, gewaltsamer Unterdrückung, Menschenrechtsverletzungen, Todesstrafe, Folter, Umerziehungslagern, Einschränkung der Meinungsfreiheit, Medien- und Internetzensur sowie Unterdrückung ethnischer Minderheiten in Tibet und Xinjiang oder der Uiguren? Der Entscheid sollte Ihnen eigentlich leichtfallen. Zeigen wir Solidarität mit der Ukraine, welche eine Perspektive über diesen grausamen Krieg hinaus braucht. Zeigen wir damit unsere Zuversicht, dass die Ukraine eine Zukunft in Freiheit und Demokratie hat, und zeigen wir, dass wir die Ukraine auf diesem Weg in ganz kleinem Ausmass gemeinsam begleiten. In Zeiten von Krieg und Unterdrückung sind Zeichen der Freundschaft viel wert. Deshalb bitte ich Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Gian Waldvogel: Seit mehr als einem Jahr wütet der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf dem Boden der Ukraine. Hunderttausende haben ihr Leben verloren, Millionen ihr zu Hause, die Kriegsgräuel nehmen nur zu. Es ist ein Krieg, der auf dem Boden der Ukraine stattfindet, der uns aber alle angeht, denn dieser Krieg ist auch ein Krieg gegen die Errungenschaften freier Demokratien, gegen das internationale Völkerrecht, gegen bürgerliche Freiheiten, gegen den demokratischen Rechtsstaat und gegen ein positives humanistisches Menschenbild – zentrale Werte, für die unsere Schweiz und der Kanton Luzern einstehen. Dieser Krieg macht nicht an Grenzen Halt. Er betrifft alle Staatsebenen und ganz unterschiedliche Strukturen dieser globalisierten und engmaschigen Welt. Die Schweiz und mit ihr der Kanton Luzern können und dürfen diesem Angriff auf diese demokratischen Errungenschaften nicht tatenlos zusehen und achselzuckend auf die

Neutralität verweisen. Unsere Neutralität heisst, Partei ergreifen für Menschenrechte. Ohne diese Rechtssicherheiten ist auch die Schweiz dem Spielball autoritärer Mächte ausgeliefert. Die Schweiz und Luzern können es nicht tolerieren, weiter Geldhort und Rohstoffhandelsplatz für Autokratien dieser Welt zu sein. Nehmen wir unsere elementaren Werte ernst, dann stecken wir unsere Unterstützung in die Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften statt mit Autokratien. Dass wir weiterhin eine chinesische Partnerprovinz haben, ist eigentlich beschämend. Ich bin enttäuscht von der Stellungnahme des Regierungsrates. Es zeugt aus meiner Sicht von einer passiven Haltung in einem rasch wandelnden globalen Kontext. Ich wünsche ausdrücklich eine Partnerschaft mit einem demokratischen Staat und nicht mit einer chinesischen Provinz in Jiangsu. Ich kann mir hier eine Veränderung vorstellen. Es ist mehr als angebracht, dass der Kanton Luzern in diesem Sinn Solidarität zeigt und in Zeiten der Not gegenüber der ukrainischen Bevölkerung die Hand reicht. Mit der Schaffung einer Partnerschaft mit einer ukrainischen Provinz schaffen wir eine erste Grundlage für diese gelebte Solidarität und setzen auch ein Zeichen im Sinn einer zeitgemässen Auffassung von Neutralität. Die G/JG-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Angela Lüthold: Die Schweiz ist gemäss unserer Bundesverfassung ein neutrales Land, und die SVP setzt sich für diese neutrale Schweiz ein. Die Ukraine dagegen befindet sich derzeit in einem erbitterten und brutalen Krieg mit Russland. Es ist unbestritten, dass Putin am 24. Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert ist und sich seitdem ein Krieg entwickelt hat, in dem Menschen und internationales Recht mit Füssen getreten werden. Ob die Schweiz mit dem Nachvollzug von Sanktionen gegen Russland ihre eigene Neutralität verletzt hat, will ich an dieser Stelle nicht diskutieren, denn da gehen die Meinungen auseinander. Aber sicher ist, dass aufgrund dieses Krieges die ganze Welt und ganze Kontinente auf einen Schlag wirtschaftliche Probleme und Energieprobleme haben. Die Schweiz hat sich dort engagiert, wo es unser Staat immer tut, nämlich indem die Schweiz Flüchtende aufgenommen und Nothilfe geleistet hat, wie es unsere humanitäre Tradition ist. Sie ging sogar noch weiter und aktivierte den Schutzstatus S. Menschen, die unverschuldet an Leib und Leben gefährdet sind, aufzunehmen, war in der Schweiz schon immer Tradition. Aus unserer Sicht wirft dieser Konflikt und die Rolle der Schweiz aussen- und sicherheitspolitische Fragen auch zur Neutralität der Schweiz auf. Die SVP steht zu den Werten und setzt sich immer für die Neutralität ein. Sie tut es gerade im Zusammenhang mit dieser Krise als einzige Partei glaubwürdig. Schon allein aufgrund unserer Bundesverfassung kann eine Partnerschaft mit oder in einer Kriegspartei, also einer Provinz in der Ukraine, derzeit auf keinen Fall eingegangen werden. Es ist auch nicht nachvollziehbar, warum David Roth überhaupt ein solches Postulat einreicht. Ich will ihm da nichts unterstellen, aber es ist schon ein Zufall, wenn David Roth ein solches Postulat ausgerechnet vor den Wahlen einreicht. Das riecht nach Wahlwerbung. Für die SVP-Fraktion ist das Postulat aus aktuellen sowie aus neutralitätspolitischen Gründen klar abzulehnen.

André Marti: Der Krieg in der Ukraine ist definitiv zu verurteilen. Es ist schrecklich, dass er zum grossen Teil auf dem Buckel der betroffenen Bevölkerung ausgetragen wird. David Roth hat eine Idee, die auf die Schnelle zwar sehr gut tönt, aber nicht sehr durchdacht ist. Er appelliert an uns, solidarisch zu sein, und will, dass der Kanton solidarisch ist. Ist aber eine Zweiklassen-Migrationspolitik solidarisch? Warum sollen wir die ukrainischen Migranten bevorzugen? Warum nicht auch eine Partnerprovinz in Eritrea, Syrien, Afghanistan und Sri Lanka? Das sind die wichtigsten Herkunftsländer von Menschen, die wir bei uns als Asylsuchende aufnehmen. Wenn man in einen solchen Aktionismus ausbrechen und solidarisch sein will, müssten wir uns konsequenterweise auch dort in Partnerschaften mit Regionen engagieren. Ist der Kanton wirklich so unsolidarisch? Der Kanton Luzern ist solidarisch, wir nehmen unsere Aufgaben dort wahr, wo wir auch wirklich zuständig sind, das heisst bei der Unterbringung und Integration dieser Menschen, die bei uns aufgenommen werden. Dieser Aufgabe stellen wir uns, der Kanton und die Gemeinden. In der Aussenpolitik hat der Kanton Luzern nichts zu suchen. Das haben wir hier schon mehrmals festgehalten. Diesbezüglich haben die FDP-Fraktion und glücklicherweise auch die Regierung eine klare

Haltung: Die Aussenpolitik ist Sache des Bundes. Kontakte in eine Krisenregion, in der ein bewaffneter Konflikt mit internationaler Beteiligung stattfindet, ist definitiv Aussenpolitik. Man kann es noch so schön in ein soziokulturelles Ausbauprojekt oder ein Wiederaufbauprogramm verpacken – wenn sich die Schweiz beim Wiederaufbau beteiligen will, ist das Sache des Bundes und nicht des Kantons. Wenn jemand ein persönliches Bedürfnis hat, sich zusätzlich zu engagieren, ist das sehr bewundernswert. Das kann man aber auf persönlicher Ebene tun. Das habe ich selber auch getan, aber dazu habe ich den Kanton nicht gebraucht. Die FDP-Fraktion gewinnt dem Postulat gar nichts ab. Das ist kein Mangel an Solidarität, sondern die Überzeugung, dass der Kanton hier nicht handeln darf. Wir stehen hinter der Haltung der Regierung, dass wir die Aufgaben richtig machen, für welche wir zuständig sind, und die Finger von den Aufgaben lassen, für die wir nicht zuständig sind. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Roger Zurbriggen: Das Pendant eines Kantons ist eine ukrainische Oblast oder Provinz. Die Ukraine ist bevölkerungsmässig fast fünfmal und flächenmässig fast fünfzehnmal so gross wie die Schweiz. Die drei kleinsten der 24 Oblasten sind je mehr als doppelt so gross wie der Kanton Luzern. Das Eingehen einer Partnerschaft mit einer Oblast wäre an und für sich kein Präzedenzfall und könnte auch nicht von anderen partnerwilligen Provinzen anderer Länder eingefordert werden. Das geht bei Partnerschaften grundsätzlich nicht, weil sie auf gegenseitiger Zustimmung und einer langfristigen Absichtserklärung gründen. Das Eingehen einer solchen Partnerschaft, während ein Krieg im Gang ist, wäre schon ein Präzedenzfall und in mehrfacher Hinsicht kritisch. Die Zerstörung der zivilen Infrastruktur ist in ihrem endgültigen Ausmass noch nicht abschätzbar, und weitere Kriegsereignisse könnten geschehen, welche eine Provinzpartnerschaft und deren gegenseitige Absichten und Zugeständnisse überfordern oder verunmöglichen würden. Aus diesen Gründen lehnt die Mitte-Fraktion das Postulat ab. Persönlich möchte ich aber anregen, dass wir das Thema Partnerschaft mit einer ukrainischen Oblast mit dieser Ablehnung nicht erledigen müssen. So könnte man überparteilich einen runden Tisch bilden, um in einem ersten Schritt Ideen zu sammeln, wie man als Kanton oder als Kantonsrat und als Kantonsregierung nebst der Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine weiter moralisch und materiell beistehen könnte. Als Kantonsparlament könnten wir uns überlegen, zu einem gewissen Zeitpunkt ein Parlament einer ausgewählten Oblast zu kontaktieren und gewisse Themen von Kantons- zu Oblastparlament direkt zu besprechen. Das könnten zum Beispiel die Parlamentspräsidien beider Seiten initiieren oder ein überparteilicher Ausschuss aus unserem Rat. Ich bin überzeugt, dass aus einem solchen Austausch etwas Nachhaltiges entstehen könnte.

Mario Cozzio: Ich kann mich dem Votum von Roger Zurbriggen anschliessen. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir sehen in der jetzigen Situation keinen wirklichen Mehrwert, wollen aber anregen, dieser Frage wieder nachzugehen, sobald dieser Krieg hoffentlich überwunden ist. Der Vorstoss wurde von David Roth vor über einem Jahr eingereicht, ich gehe nicht davon aus, dass das mit Wahltaktik zu tun hat.

Guido Müller: Ich möchte davor warnen, eine solche Partnerschaft einzugehen. Wir haben in der Schweiz eine gemeinsame Aussenpolitik, die einen Konsens der Kantone darstellt. Es kann nicht sein, dass sich der Kanton Luzern mit dieser Gegend solidarisiert und die Kantone Genf und Waadt mit einer anderen. Am Schluss geraten wir untereinander in Streit, weil wir nicht wissen, wie wir eine gesamthafte Aussenpolitik betreiben wollen. Die jetzige Situation ist schon schwierig genug, um alles bewältigen zu können, was auf uns zukommt. Deshalb ist es wichtiger, mit einer Stimme nach aussen aufzutreten und nicht Forderungen stellt, etwas anderes zu tun. Ich darf schon länger Politik machen und kann mich an die Zeit erinnern, als es Leute aus der SP gegeben hat, die zu ihren Partnerstaaten in die UdSSR und die DDR gepilgert sind und uns erklärt haben, was das für gute Freunde seien. Die Wahrheit liegt nun auf dem Tisch.

Laura Spring: Mich befremdet es, solche Voten zu hören. Wir haben oft über die grosse Herausforderung gesprochen, die die Geflüchteten hier in der Schweiz darstellen. Zudem sei die Rückkehrorientierung auch sehr wichtig, wurde gesagt. Jetzt hätten wir eine Möglichkeit, nach dem Krieg gezielt eine Region beim Wiederaufbau zu unterstützen. Diese

Unterstützung muss aber jetzt erfolgen. Wir sind doch ein Teil des Ganzen. Alles, was ausserhalb der Schweiz passiert, hat auch Einfluss auf die Schweiz, ob wir das wollen oder nicht. Um solidarisch mit einer Provinz zu handeln, benötigen wir keine schweizweite, aussenpolitisch abgesicherte Strategie. Wir können solche Partnerschaften eingehen, das ist auch rechtlich konform. Es wäre ein wichtiges Zeichen und eine ganzheitliche Politik unseres Rates. Wenn wir das Wort «rückkehrorientiert» in den Mund nehmen, sollten wir uns dafür auch vor Ort einsetzen.

Anja Meier: Es wurde vorhin infrage gestellt, inwiefern sich das mit unserer Neutralität vertragen würde, wenn wir eine Partnerschaft mit einer Partnerprovinz in einem Land eingingen, das sich in einem bewaffneten Konflikt befindet. China ist auch nicht gerade der grösste Vorkämpfer für Menschenrechte und Demokratie, ich erinnere an den Taiwan-Konflikt oder den Völkermord an den Uiguren. Zudem sollen die Kantone in der Aussenpolitik keine Rolle spielen. Selbstverständlich ist der Bund im Lead, aber die Kantone spielen eine Rolle bei der Mitwirkung und der Festlegung der strategischen Ausrichtungen. Wir empfangen regelmässig Botschafterinnen und Botschafter, die auch dem Kanton Luzern einen Besuch abstatten, zum Beispiel aus Belarus, China, aber auch aus Schweden und Frankreich. Dabei findet auch ein gewisser Austausch statt. Natürlich ist es vor allem Symbolik, aber in einer solchen Ausnahmesituation müssen wir uns fragen, was wir für ein Zeichen senden, wenn wir das Postulat mit so pauschalen Begründungen ablehnen. Die Vorschläge von Roger Zurbriggen sind schön und gut, aber lassen sich am besten umsetzen, wenn wir mit diesem Vorstoss den Weg für eine institutionalisierte Partnerschaft aufgleisen. Ich bitte Sie, ein Zeichen zu setzen, Haltung zu zeigen und dem Postulat zuzustimmen.

Gian Waldvogel: Ich bin zutiefst erschüttert, dass wir heute ohne mit den Wimpern zu zucken die Zusammenarbeit mit einer chinesischen Provinz als legitim erachten, die ganz klar autoritär ist und Menschenrechte verletzt. Gleichzeitig lehnen wir es ab, mit einer Partnerschaft mit einer ukrainischen Provinz ein Zeichen zu setzen, weil es neutralitätswidrig ist. Für was für Werte steht dieses Parlament ein? Ich finde das sehr beschämend und ein fragewürdiges Zeichen, das wir heute setzen.

Hans Stutz: Guido Müller hat sich als Historiker versucht. Er hat zu Recht auf die damaligen Verbindungen hingewiesen. Soweit ich mich erinnere, war das aber vor 1989. Es gibt aber auch aktuellere Verbindungen, man sieht zum Beispiel einen SVP-Vertreter auf dem Roten Platz und wie er die Politik von Russland und Putin lobt, ein inzwischen abgewählter Staatsrat aus dem Wallis. Oder wie ein immer noch amtierender Nationalrat, der zurücktreten will, in seinem fast täglichen Podcast immer wieder die russische Politik lobt, unter anderem wegen des in Russland herrschenden Gesellschaftsverständnisses.

David Roth: Ich nehme positiv zur Kenntnis, dass die Mitte-Fraktion etwas unternehmen möchte, aber wenn sie wirklich etwas tun möchte, sollte sie dem Postulat zustimmen. Ich finde es beelendend für eine freisinnig-demokratische Partei, wenn sie kein Problem hat, mit dem kommunistischen China, das die Menschen autoritär behandelt unterdrückt, eine Partnerschaft zu haben, aber eine Partnerschaft mit der Ukraine zu heikel ist. Wo sind die Werte der FDP geblieben?

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Der Krieg in der Ukraine verursacht eine humanitäre Krise, man kann auch sagen eine humanitäre Katastrophe, und bringt grosses Leid über die ukrainische Bevölkerung. Die Flüchtenden aus der Ukraine stehen in der Schweiz unter dem erstmals zur Anwendung kommenden Schutzstatus S gemäss Asylgesetzgebung. Der Kanton Luzern nimmt seine Verantwortung in den Bereichen Unterbringung, Betreuung und Versorgung sowie in der Sprachförderung und in der Schule und der Arbeit wahr. Jetzt komme ich zum Zeitpunkt und zur Kompetenzordnung. Aussenpolitik und auch die Entwicklungszusammenarbeit ist Bundessache. Ich bin überzeugt, dass zum Zeitpunkt, an dem hoffentlich bald Frieden oder ein Waffenstillstand einkehrt, die Schweiz auch einen grossen Beitrag an den Wiederaufbau und an regionale Strukturen im Sinn unserer Zivilgesellschaft leisten darf oder muss. Zum jetzigen Zeitpunkt müssen wir die

Kompetenzordnung akzeptieren. Solange Krieg herrscht, wäre es neutralitätspolitisch nicht angezeigt, über den Bund hinweg eine solche Partnerschaft anzugehen. Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 79 zu 29 Stimmen ab.